VORARLBERGER
GEMEINDEVERBAND

Nachlese Gemeindetag 2020 in Dornbirn
(Videokonferenz)

Wahl des Präsidiums und des Vorstands

VORARLBERGER GEMEINDETAG 2020

Corona-Pandemie: Der erste digitale Gemeindetag verlief erfolgreich

Die Corona-Pandemie hat in diesem Jahr auch den Ablauf des Vorarlberger Gemeindetags am 9. November bestimmt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Interessenvertretung wurde der Gemeindetag als Online-Veranstaltung abgehalten. Austragungsort war das Kulturhaus Dornbirn. Anstatt zahlreicher Tischreihen mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern waren in dem großen Saal, der normalerweise hunderte Besucher fasst, nur das Präsidium und die Geschäftsführung des Gemeindeverbands auf der Bühne zu sehen. Davor, im Abstand von etwa vier Metern, sorgten zahlreiche Technikerinnen und Techniker dafür, dass die Veranstaltung reibungslos durchgeführt werden konnte.

Insgesamt 75 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hatten sich in die Videokonferenz eingeloggt. Diese begrüßte zu diesem Zeitpunkt „Noch"-Vizepräsidentin Andrea Kaufmann herzlich.

Ursprünglich war der Gemeindetag im Frühjahr nach den Bürgermeister- und Gemeindevertretungswahlen geplant gewesen. Nachdem diese aber wegen der um sich greifenden Corona-Pandemie verschoben werden mussten, wurde auch der Gemeindetag in den Herbst verlegt.

Corona und die – vor allem finanziellen – Auswirkungen auf die Gemeinden waren dementsprechend auch Thema der Begrüßungsrede der Vizepräsidentin. Die Corona-Krise zeige aber auch ganz deutlich, „auf die Vorarlberger Gemeinden ist Verlass", betonte Kaufmann. Die Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger funktioniere auch in Zeiten von vermehrtem Home-Office und Umständen, die Anderes vermuten lassen könnten. Ein Rückblick auf die vergangenen Monate zeige – so die Dornbirner Bürgermeisterin -, dass vor allem auch die Leistungen der Daseinsvorsorge, also Wasser, Kanal, Abfall und vieles mehr, stets einwandfrei funktioniert habe. Dafür bedankte sich Kaufmann mit einem „herzlichen Dankeschön" bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinden. „Sie tun ihr Bestes, damit wir unsere Aufgaben weiterhin in bester Qualität zum Wohl der Vorarlberger Bevölkerung erfüllen können", lobte Kaufmann.

Thematisch stand die Generalversammlung des Gemeindeverbands abgesehen von Corona ganz im Zeichen der Wahl von Präsidium, Vorstand und der Rechnungsprüfer sowie der Bestellung der Vertreterinnen und Vertreter im Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebunds.

Neu gewählt:

Andrea Kaufmann: erste Präsidentin des Gemeindeverbands

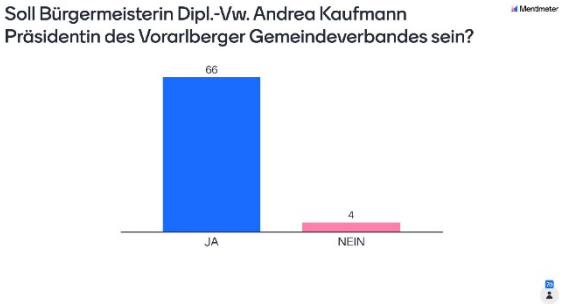
Die Dornbirner Bürgermeisterin, Andrea Kaufmann, ist beim Vorarlberger Gemeindetag zur neuen Präsidentin des Vorarlberger Gemeindeverbands gewählt worden. An der Spitze der Interessenvertretung der 96 Vorarlberger Gemeinden steht damit zum ersten Mal in der 71-jährigen Geschichte des Verbands eine Frau.

Kaufmann war bereits seit 2013 Vizepräsidentin und leitete seit dem Rücktritt von Harald Köhlmeier als Bürgermeister von Hard und Präsident des Gemeindeverbands im Dezember 2019 die Geschicke der Interessenvertretung. In dieser Funktion erzielte sie auch bereits erste Erfolge. In der durch die Corona-Pandemie stark angespannten finanziellen Situation gelang es ihr, mit dem Land zwei für die Gemeinden wichtige Corona-Finanzpakete auszuhandeln.

„Corona wird die Gemeinden noch eine ganze Weile begleiten“, spielte die neue Präsidentin auf die bis 2024 prognostizierten Einnahmenausfälle der Gemeinden an. „Gemeinsam mit meinen beiden Kollegen im Präsidium werde ich mein Bestes tun, die Interessen, Anliegen und Bedürfnisse der 96 Vorarlberger Gemeinden gegenüber Land und Bund zu vertreten“, versprach Kaufmann.

Digitalisierung ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen. Als zentrales Thema der kommenden Jahre nannte die frischgebackene Präsidentin neben den Gemeindefinanzen etwa die Digitalisierung. Diese fordere die Gemeinden nicht nur heraus, sondern biete auch große Chancen. Darüber hinaus bezeichnete sie den Bereich Soziales, die Kinderbetreuung aber auch einige Gesetzesmaterien als wichtige Themen der Zukunft. Ein Beispiel für letzteres sei das Raumplanungsgesetz. „Wir sehen hier eine dringende Notwendigkeit zur Vereinfachung, etwa bei den Widmungskategorien, die nur für versierte Raumplaner durchschaubar sind, oder bei den Umwidmungsverfahren“, präzisierte Kaufmann.

Andrea Kaufmann wurde per digitaler Abstimmung mit 66 von 70 abgegebenen Stimmen zur Präsidentin gewählt.



Sutterlüty und Loacker sind die neuen Vizepräsidenten. Beim Gemeindetag wählten die Verbandsmitglieder auch die neuen Vizepräsidenten und den neuen Vorstand des Vorarlberger Gemeindeverbands. Bei den Vizepräsidenten fiel die Wahl auf den Egger Bürgermeister, Paul Sutterlüty, und seinen Götzner Amtskollegen, Christian Loacker. Sie werden künftig gemeinsam mit der Präsidentin den Vorarlberger Gemeindeverband politisch leiten.

Neuer Vorstand. Ihnen zur Seite gestellt ist der neu gewählte Vorstand. Dieser besteht aus 23 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Dazu zählen die Gemeindeoberhäupter der fünf Vorarlberger Städte Bregenz, Dornbirn, Hohenems, Feldkirch und Bludenz sowie jene von 17 weiteren Gemeinden sowie der Obmann des Umweltverbandes. Je fünf dieser 17 Gemeinden stammen aus den Bezirken Bludenz und Feldkirch, sechs aus dem Bezirk Bregenz und eine aus dem Bezirk Dornbirn.

Konkret wurden neben den fünf Städten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister folgender Gemeinden einstimmig gewählt:

Bezirk Bregenz

- Marktgemeinde Lauterach
- Marktgemeinde Hard
- Marktgemeinde Egg
- Gemeinde Mittelberg
- Gemeinde Hittisau
- Gemeinde Möggers

Bezirk Dornbirn

- Marktgemeinde Lustenau

Bezirk Feldkirch

- Marktgemeinde Rankweil
- Marktgemeinde Götzis
- Gemeinde Göfis
- Gemeinde Klaus
- Gemeinde Schlins

Bezirk Bludenz

- Marktgemeinde Nenzing
- Gemeinde St. Gallenkirch
- Gemeinde Bürs
- Gemeinde Dalaas
- Gemeinde Thüringerberg

Rechnungsprüfer. Gemäß dem Vorschlag des Verbandsvorstands wählte der Gemeindetag folgende Personen zu Rechnungsprüfern:

Bgm. Stefan Bischof, Damüls
Bgm. Thomas Schierle, Schwarzach
Bgm. Gert Mayer, Satteins

Delegierte im Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebunds. In den Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebunds werden künftig entsendet:

Bgm. Dipl. Vw. Andrea Kaufmann, Dornbirn
Bgm. Christian Loacker, Götzis
Bgm. Dr. Paul Sutterlüty, Egg
Bgm. Georg Bucher, Bürs

Statutenänderung

Einstimmig beschlossen

Mit den Stimmen aller an der Videokonferenz teilnehmenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurde beim Vorarlberger Gemeindetag eine Änderung der Statuten des Vorarlberger Gemeindeverbands beschlossen. Sie umfasst folgende Punkte:

Der Obmann/die Obfrau des Umweltverbandes erhält einen Sitz im Vorstand des Gemeindeverbands. Eine weitere Person kann (ohne Stimmrecht) in den Vorstand kooptiert werden.

Das Präsidium des Gemeindeverbandes besteht aus der Präsidentin bzw. dem Präsidenten und den Vizepräsidentinnen oder –präsidenten.

Neu eingerichtet wird ein erweitertes Präsidium, dem neben dem Präsidium des Gemeindeverbands der Obmann/die Obfrau des Umweltverbands angehört. Eine weitere Person (derzeit der Aufsichtsratsvorsitzende der Gemeindeinformatik GmbH) wird in das erweiterte Präsidium kooptiert. Aufgabe des erweiterten Präsidiums ist es, die Organe des Vorarlberger Gemeindeverbands und des Umweltverbands zu beraten.

Der Vorstand des Gemeindeverbands bestellt künftig den Geschäftsführer bzw. die Geschäftsführerin.

Der Vorstand beschließt auch über bindende Verträge und Übereinkommen, die nicht zur gewöhnlichen Geschäftsführung gehören. Die laufenden Agenden werden von der Präsidentin wahrgenommen.

Muss ein Abschlussprüfer bestellt werden (z.B. bei einem Jahresumsatz von drei Mio. Euro), übernimmt dieser auch die Rechnungsprüfung. Ein Abschlussprüfer wird grundsätzlich vom Gemeindetag bestellt. Im Fall, dass dieser davor bestellt werden muss, entscheidet der Vorstand.

Beschlüsse des Vorstandes können künftig auch per schriftlichem Umlaufbeschluss oder in einer Videokonferenz gefasst werden. Dies gilt nicht, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder eine Sitzung mit persönlicher Anwesenheit verlangt.

Geschlechtsneutrale Schreibweise. Grundsätzlich legt der Vorarlberger Gemeindeverband bei all seinen Textdokumenten großen Wert auf eine gendergerechte Formulierung. Eine durchgehende geschlechtsneutrale Schreibweise der Statuten hätte allerdings die Lesbarkeit und Klarheit des Regelwerks beeinträchtigt. Man einigte sich deshalb auf einen Vermerk, dass die männliche Schreibweise uneingeschränkt auch für alle anderen Geschlechter zu verstehen ist.

Tätigkeitsbericht

Andrea Kaufmann: „Gemeindefinanzen werden uns noch einige Jahre beschäftigen“

Im Folgenden lesen Sie die Rede der zu diesem Zeitpunkt „Noch“-Vizepräsidentin im Wortlaut:

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir zu den Wahlen übergehen, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, über die umfangreichen Themen zu berichten, die unsere Verbandsarbeit seit dem letzten Gemeindetag 2019 in Hard oft intensiv beschäftigt haben. Gleichzeitig möchte ich Euch aber auch unsere Vorstellungen über nötige Veränderungen der Rahmenbedingungen präsentieren, die uns von Bund und Land vorgegeben werden. Um dies nicht überzustrapazieren, werde ich mich auf die wesentlichen Themen beschränken.

Neustrukturierung des Vorarlberger Gemeindehauses. Aufbauend auf dem Beschluss der Vorstände des Gemeindeverbands und des Umweltverbands sowie des Beirats der Gemeindeinformatik GmbH. haben wir uns im vergangenen Jahr weiter intensiv mit der Neustrukturierung des Gemeindehauses beschäftigt. Wie berichtet werden die drei Organisationen strukturell unter dem Dach des Vereins „Vorarlberger Gemeindeverband“ zusammengeführt. Der Umweltverband bleibt, soweit es sich um abfallrechtliche Maßnahmen handelt, als Gemeindeverband nach dem Gemeindegesetz erhalten. Und auch die Gemeindeinformatik wird vorerst als GmbH. bestehen bleiben.

Ungeachtet der Trägerstruktur ist der interne Umstrukturierungsprozess mit der Idee einer einheitlichen Organisationsstruktur bereits deutliche Schritte weiter fortgeschritten als noch vor einem Jahr. Ein erster wichtiger Punkt in diese Richtung war die Übertragung der Geschäftsanteile der Gemeindeinformatik an den Gemeindeverband. Dieser Prozess ist nun beinahe abgeschlossen. Mittlerweile haben 92 Gemeinden ihre Anteile übertragen. Konkret bedeutet das, dass der Gemeindeverband nun zu 96,32 % Eigentümer der Gemeindeinformatik ist.

Das neue Zusammengehörigkeitsgefühl der drei Organisationen trotz rechtlicher Selbstständigkeit kommt in neuen Gremien zum Ausdruck. Allen voran das erweiterte Präsidium. Dieses ist das operative politische Gremium des Hauses, das eine inhaltlich einheitliche, strategische Ausrichtung vorgibt, mit dem aber darüber hinaus alle wichtigen Themen der drei Verbände besprochen werden. Das erweiterte Präsidium setzt sich aus dem Präsidium des Gemeindeverbandes, dem Obmann des Umweltverbandes und dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Gemeindeinformatik zusammen. Zum ersten Mal getagt hat es im Jänner 2021. Seither finden regelmäßig einmal im Monat Treffen statt.

Wie geht es weiter? Einen zentralen Schritt in Richtung Zusammenführung der Verwaltung der drei Organisationen setzen wir im ersten Quartal 2021. Ab da wird allen drei Verbänden nur noch ein Geschäftsführer vorstehen. Dr. Günter Meusburger ist bereits seit September bei im Gemeindehaus und arbeitet sich derzeit in die Agenden einer schlagkräftigen Interessenvertretung ein.

Eine gemeinsame Geschäftsführung bringt die Idee eines gemeinsamen Hauses sowohl intern als auch extern deutlich auffällig zum Ausdruck. Weniger ins Auge fallend aber ebenso wichtig für den Prozess der Zusammenführung sind Maßnahmen in der Verwaltung. Einige haben wir bereits im vergangenen Jahr gesetzt, andere werden gerade umgesetzt. Dazu zählen etwa die Einrichtung eines gemeinsamen Sekretariats oder die Vereinheitlichung des Dienstrechts. Weitere geplante Schritte sind darüber hinaus ein gemeinsamer Beschäftigungsrahmenplan oder ein gemeinsames Budget.

Auch im Außenauftritt hat sich einiges getan. Seit Beginn des Jahres firmieren alle drei Organisationen unter einem gemeinsamen Logo. Seit einigen Wochen gibt es eine neue moderne Homepage, in der alle Bereiche des neuen Gemeindeverbands abgebildet sind. Und nicht zuletzt wird seit Beginn des Jahres auch die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit des ganzen Hauses gemeinsam wahrgenommen, was auch einen gemeinsamen Social Media-Auftritt beinhaltet.

Gemeindefinanzen. Einen wesentlichen Teil der Arbeit des Vorarlberger Gemeindeverbands

nehmen bereits naturgemäß die Gemeindefinanzen ein. Unbestreitbare Tatsache ist, dass die finanzielle Lage der Gemeinden durch das Auseinanderdriften von Einnahmen und Ausgaben bereits seit Jahren angespannt ist. **Corona** hat diese Situation noch einmal deutlich verschärft. Hinzu kommt, dass es sehr schwierig ist, Prognosen über die Höhe der Einnahmenausfälle abzugeben. Der Unsicherheitsfaktor ist hier sehr hoch, weil niemand weiß, wie sich die Pandemie weiter entwickeln wird.

Nach dem heutigen Wissensstand dürften die Gemeinden aber bei den Ertragsanteilen im Vergleich zur letzten Prognose vor Corona allein bis Jahresende 46 Mio. Euro verlieren. Die Höhe der Ausfälle bei der Kommunalsteuer lassen sich derzeit noch nicht wirklich seriös abschätzen. Zum heutigen Zeitpunkt gehen wir aber von einem Minus von rund 4,7 Mio. Euro in den Monaten März bis Juni im Vergleich zum selben Zeitraum 2019 aus. Eine exakte Bestimmung wird uns erst im ersten Quartal 2021 möglich sein. Ähnlich schwierig wie die Ausfälle bei der Kommunalsteuer sind jene bei der Gästetaxe zu ermitteln. Hier gehen wir derzeit von einem Rückgang von ca. 3,5 Mio. Euro für den Zeitraum März bis Juli aus.

Corona wird sich aber nicht nur in diesem Jahr auf die Einnahmen der Gemeinden auswirken. Besonders 2021 dürfte uns mit einem geschätzten Minus von ca. 59 Mio. Euro bei den Ertragsanteilen im Vergleich zur letzten Prognose vor Corona noch einmal richtig hart treffen. Laut einer Prognose des BMF werden selbst 2024 die Ertragsanteile noch den im September 2019 geschätzten Einnahmen hinterherhinken. Umso wichtiger ist es, dass das Land die Gemeinden ergänzend zur Gemeindemilliarde mit einem wirkungsvollen Gemeindefinanzpaket unterstützt.

Ein erstes Corona-Gemeindefinanzpaket konnte der Vorarlberger Gemeindeverband bereits im Mai mit LH Markus Wallner ausverhandeln. Darin wurde den Gemeinden der Ausgleich der Einnahmenausfälle bei den Elternbeiträgen in den elementarpädagogischen Einrichtungen, in der Schülerbetreuung und den Musikschulen im Verhältnis 60:40 zugesagt. Auch erhöhte das Land über den Sommer die Personalkostenförderung für KIGA, Kinderbetreuungseinrichtungen und die Schülerbetreuung von 60% auf 80 % und für Spielgruppen von 30 auf 50%.

Sehr erfreulich ist das Ergebnis einer zweiten Gesprächsrunde, die am 4. November mit LH Markus Wallner und LR Johannes Rauch stattfand und in der zu allererst ein für die Gemeinden ganz wichtiger Grundkonsens definiert wurde. Dieser beinhaltet ein ganz klares Bekenntnis zu einer gemeinsamen Lösung der Krise. Im Klartext heißt das, das Land ist sich sehr wohl der Notwendigkeit bewusst, die Gemeinden in den Krisenjahren so zu unterstützen, dass eine längerfristige Planungssicherheit

für die Kommunen gewährleistet bleibt. Teil dieses Grundkonsenses ist auch ein Verständnis über die Notwendigkeit, einen Reformprozess in vielen Bereichen, die die Gemeinden betreffen, einzuleiten. Der Druck auf die Budgets von Bund, Land und Gemeinden steigt ständig. Vor diesem Hintergrund ist es unumgänglich, vorgegebene Standards oder Qualitätskriterien zu hinterfragen. Erste Gespräche dazu sollen auf politischer Ebene bereits Anfang 2021 stattfinden.

Zweites Corona-Gemeindefinanzpaket. Aufbauend vor diesem sehr erfreulichen Grundkonsens haben wir am 4. November ein gutes zweites Corona-Gemeindefinanzpaket ausverhandelt. Dieses Paket sieht Folgendes vor: Vor dem Hintergrund, dass längerfristige Prognosen der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die finanziellen Haushalte der Gebietskörperschaften schwierig sind, erhalten die Vorarlberger Gemeinden vom Land einen einmaligen Betrag von 10 Mio. Euro zur Verbesserung ihrer Liquidität in dieser schwierigen Zeit. Diese Unterstützung wird entsprechend der Einnahmenausfälle der Gemeinden aufgeteilt und noch in diesem Jahr überwiesen. Für die Zukunft wurde vereinbart, die Entwicklungen, die sich ja laufend ändern können, zu beobachten – insbesondere dahingehend, ob weitere Maßnahmen vom Bund zu erwarten sind. Sollte es notwendig werden, werden selbstverständlich weitere Gespräche stattfinden.

Neben dem Corona-Unterstützungspaket haben wir auch längerfristige Unterstützungsmaßnahmen für die Gemeinden vereinbart. Diese betreffen einerseits die Musikschulen. Hier ist der Handlungsbedarf ja besonders hoch. In keinem Bundesland verdienen die Musikschullehrerinnen und –lehrer weniger als in Vorarlberg. Bereits jetzt wandert immer wieder Lehrpersonal ins benachbarte Tirol ab. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Nachwuchssuche schwierig ist. Verschärft wird die Situation noch dadurch, dass in den kommenden Jahren ein Drittel der Musikschullehrenden in Pension geht. Die dringend notwendige Gehaltsanpassung, die die Gemeinden rund 900.000 Euro gekostet hätte, wird nun zur Gänze vom Land getragen.

Zu guter Letzt gibt es aus diesem Gespräch noch zwei weitere Erfolge zu berichten: Zum einen bleibt der – vor allem für kleinere Gemeinden sehr wichtige – Strukturfonds selbstverständlich erhalten. Das Land erhöht zudem seinen Finanzierungsanteil von 25% auf 40% im kommenden Jahr und auf 50% im Jahr 2022.

Zum anderen wurde die Verlängerung des Sozialfondsdeckels finalisiert, die bereits in der ersten Gesprächsrunde mit dem Land ausverhandelt worden war. Zur Erinnerung: Dabei wurde das Ausmaß der Steigerung an die Entwicklung der Ertragsanteile gekoppelt.

Zum Thema Grundsteuer ist zu berichten, dass das Projekt Einheitsbewertung um zwei weitere Jahre verlängert wurde. Im Bereich der Bewertungsstellen der Vorarlberger Finanzämter gibt es seit August eine neue Teamleiterin.

Corona-Pandemie. Corona berührt die Gemeinden aber nicht nur bei den Finanzen erheblich. Die Pandemie hat alle Gemeinden in Österreich in sehr vielen Bereichen vor neue unbekannte Herausforderungen gestellt. Hinzu kommt die Flut der sich laufend ändernden neuen Regelungen und Informationen. Oft ist nicht klar, welche Vorgaben für die Gemeinden gelten und wie mit diesen Vorgaben umzugehen ist. Der Vorarlberger Gemeindeverband hat deshalb die Aufgabe übernommen, so gut es geht und möglichst zeitnah, die für die Gemeinde relevanten Informationen zu filtern und gemeindespezifische Fragen in eigenen Informationsschreiben zu beantworten. Die dahinterliegende Idee war und ist es, dort wo es Sinn macht, Empfehlungen auszuarbeiten, um im Interesse der Vorarlberger Bevölkerung möglichst eine landesweit einheitliche Vorgehensweise sicherzustellen. Als Beispiel möchte ich hier den Umgang mit den Wochenmärkten und der Abfallentsorgung nennen. Beide Themen wurden massiv in der Öffentlichkeit diskutiert. Eine gemeinsame Abstimmung war für die Gemeinden extrem notwendig und hilfreich.

Seit Beginn der Corona-Pandemie hat der Vorarlberger Gemeindeverband über 50 „Corona-Informationsschreiben“ an die Gemeinden geschickt. An dieser Stelle ein ganz herzlicher Dank an Otmar Müller und Daniel Peschl, die mit unglaublichem Einsatz die ganzen Informationen immer sehr schnell recherchiert, überprüft und zusammengefasst haben!

Digitalisierung. Einen ordentlichen Schub hat die Corona-Pandemie in der Digitalisierung ausgelöst. Nicht nur die Geschwindigkeit der

technologischen Entwicklung hat noch einmal zugelegt, auch die Einstellung von Unternehmen und Bevölkerung, sich digitaler Angebote zu bedienen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, hat deutlich zugenommen. Die Digitalisierung ist und wird eines der wichtigen Themen sein, die uns die kommenden Jahre begleiten. Auch vor unseren Verwaltungen wird sie nicht Halt machen. Die erklärte Absicht des Vorarlberger Gemeindeverbands ist es deshalb, die Chancen und Potenziale des technologischen Wandels optimal zu nutzen und die Gemeindeverwaltungen für die Aufgaben und Herausforderungen der Zukunft fit zu machen. Zu diesem Zweck sind wir dabei, gemeinsam mit dem Land Vorarlberg eine Strategie zur „Verwaltung digital Vorarlberg“ auszuarbeiten. Damit Digitalisierung in unseren Gemeinden funktionieren kann, brauchen wir aber auch Strukturen. Der Gemeindeverband wird deshalb mit den Gemeinden einen verbindlichen Aktionsplan ausarbeiten und Strukturen aufbauen, die ein gutes Miteinander gewährleisten.

Die 96 Vorarlberger Gemeinden bieten mehr als 350 Dienstleistungen und Produkte an. Diese gilt es, so zu standardisieren und optimieren, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern digital zur Verfügung gestellt werden können. Dabei geht es vordergründig um eine Entlastung der Gemeinden. Die Gestaltung der Produkte wird weiterhin in deren eigener Verantwortung liegen. Um es auf den Punkt zu bringen: In die Gemeindeautonomie wird auch in Zukunft nicht eingegriffen.

Soziales. Eines dürfen wir aber im Zuge der Digitalisierung gewiss nicht vergessen und das ist das Zusammenleben in den Gemeinden. Eine intakte Dorfgemeinschaft, eine gute Dorf- und Stadtentwicklung sowie sinnvolle Begegnungs- und Freizeitangebote bedeuten Lebensqualität, genauso wie ein Glasfaserkabel. Im Zeitalter der Digitalisierung gilt es in den Gemeinden noch mehr, harte und weiche Faktoren zu berücksichtigen. Sonst laufen wir Gefahr, dass Menschen immer weniger miteinander zu tun haben, sich zurückziehen, nicht mehr aufeinander schauen und Phänomene wie Einsamkeit zunehmen. Das Soziale muss dringend wieder eine stärkere Gewichtung in unserer Arbeit bekommen. Das bedeutet auch, dass die Gemeinden wieder selbst die Verantwortung für den Bereich übernehmen müssen. Im Zuge der Digitalisierung der Verwaltung werden einige Kapazitäten in den Gemeindeämtern frei werden. Das gibt uns die große Chance, das Serviceangebot komplett neu auszurichten und neu mit Leben zu füllen. Ich spreche von einer Renaissance des Bürgerservice, der sich zum Service an den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln wird.
Die Bereiche Gemeindeentwicklung, Ehrenamt, Gemeinwesen, Daseinsvorsorge und die sozialräumliche Prävention können noch mehr ins Zentrum der Gemeindearbeit rücken. Dabei ist es wichtig, die richtigen Fragen zu stellen. Diese müssen lauten: Was brauchen die Bürgerinnen und Bürger? Welche Unterstützungsleistungen können den Bedarf sinnvoll befriedigen? Und wie bieten wir diese Leistungen an? In Ei-

genregie oder in Kooperation mit anderen Gemeinden? Dafür braucht es ein ganz klares Bekenntnis.

Das gute alte Vorarlberger Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist dabei die richtige Leitlinie. Es besagt ja nichts Anderes als Menschen in ihrer Selbstwirksamkeit zu stärken. Das heißt konkret, die Person und ihr Umfeld – zu dem ich auch die Gemeinde zähle – zu stärken. Und erst dann, wenn das alles nicht ausreicht, in enger Abstimmung mit einem fachlichen Träger weitere Unterstützungsmaßnahmen anzubieten.

Schule, Gutachten Raschauer, Pool-Lösung. Das Thema Schule und Schülerbetreuung ist bereits ein Dauerbrenner in unserer Verbandsarbeit. Neu befeuert hat das Thema ein Gutachten des Verfassungsjuristen Prof. Bernhard Raschauer, das vom Österreichischen Gemeindebund in Auftrag gegeben wurde. Wir haben davon bereits bei unserem Gemeindetag im vergangenen Jahr berichtet. Kurz zusammengefasst bestätigt das Gutachten die Auffassung der Gemeinden, dass die Freizeitbetreuung Aufgabe der Schulen und nicht des Schulerhalters ist.

Die von uns bereits seit Jahren kritisierte Zweiteilung von Unterricht und Freizeitbetreuung stellt die Gemeinden jedenfalls vor immer größere Probleme. Einerseits sollten die Gemeinden frei werdende Stunden mit Freizeitbetreuung auffüllen. Gleichzeitig machen die ständig steigenden Qualitätsanforderungen des Bundes an das Betreuungspersonal die Erfüllung dieser Aufgabe aber beinahe unmöglich. Ein neuer Wermutstropfen ist zudem, dass Lehrerinnen und Lehrer, wenn sie Betreuungsaufgaben übernehmen, nicht mehr über das Lehrergehalt abgerechnet werden dürfen. Für uns hat das zur Folge, dass diese Tätigkeit für viele Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr infrage kommt, was für uns erneut das Angebot an qualifiziertem Personal reduziert. Das kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Der Bund ist in dieser Frage jedenfalls in die Pflicht zu nehmen.

Ich habe in dieser Sache aber auch einen Erfolg zu berichten: In einem ersten Schritt haben wir nun endlich erreicht, dass das Land im August eine Gesellschaft, die „Schulische Assistenz und Freizeit GmbH“ gegründet hat. Über diese wird bereits das Assistenzpersonal für Schulkinder mit besonderen Bedürfnissen angestellt. In einem nächsten Schritt sollen auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Landesgesellschaft als Anstellungsträger für die Schülerbetreuung fungieren kann. Unser erklärtes Ziel ist es letztendlich, auch das Personal für die administrativen Tätigkeiten an den Schulen über diese Gesellschaft abzuwickeln. Hier wird es aber sicher noch geraume Zeit dauern, bis wir von einer für die Gemeinden zufriedenstellenden Lösung sprechen können.

Kindergarten und Kinderbetreuung. Passend zum vorherigen Thema möchte ich auch noch auf das Thema Kindergarten- und Kinderbildungsgesetz eingehen. Ein Entwurf des Landes ist derzeit in Ausarbeitung.

Der Bereich Kindergarten und Kinderbetreuung berührt uns Gemeinden in besonderem Maße - allein schon deshalb, weil wir bei den Kindergärten zu fast 100 % und bei den Kinderbetreuungseinrichtungen immerhin schon zu beinahe 50 % Anstellungsträger sind. Vor diesem Hintergrund fordert die Gemeinden die Trennung der beiden Systeme ständig heraus, weil wir mit völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen konfrontiert sind. Bei den Kindergärten kommen zu den landesrechtlichen auch noch bundesrechtliche Vorgaben, die zu beachten sind. Bis vor kurzem waren ja sogar die Zuständigkeiten für die beiden Bereiche im Land auf zwei Abteilungen aufgeteilt. Zwischenzeitlich hat sich das zwar geändert, allerdings wird nach wie vor in zwei verschiedenen Systemen gedacht.

Die Betreuungssituationen und auch die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger, die in diesem Bereich an die Gemeinden herangetragen werden, sind sehr heterogen. Wollen wir diesen nachkommen und der gesellschaftliche Wandel macht dies auch unbedingt notwendig, müssen wir in Richtung eines Kindercampus planen. Dies erfordert in erster Linie ein neues Denken. Konkret meine ich damit, dass die beiden Systeme durchlässiger werden müssen. Die gesetzlichen Grundlagen müssen den Betreibern – das sind meist die Gemeinden – mehr Handlungsspielraum lassen. Wir müssen wirklich gestalten können, um unsere Aufgabe erfüllen zu können und dafür brauchen wir einen gewissen Spielraum! Derzeit werden unter dem Gesichtspunkt der Qualitätssicherung sehr starre und zum Teil sehr unterschiedliche Regelungen erlassen, die praktikable, gute Lösungen schlicht verhindern. Es ist an der Zeit, dass man den Gemeinden zutraut, dass sie zu 100 Prozent daran interessiert sind, dass ihre Kinder bestens betreut und gebildet werden. Denn genau das ist unser Bestreben!

Ich möchte dazu gerne noch ein Beispiel anführen, das verdeutlicht, wie absurd die Situation derzeit ist: Will eine Gemeinde ihren Kindergarten im Sommer als Kinderbetreuung weiterführen, ist das schlicht nicht möglich. Die derzeitigen Regelungen lassen entweder einen ganzjährigen Kindergarten zu – mit allen personellen Anforderungen, denen ein Kindergarten unter-

liegt, oder eine Kinderbetreuung. Dabei unterscheiden sich die Betreuungsbedürfnisse im Sommer und während des Jahres komplett voneinander. Dazu kommt, dass beide Systeme gleich und zwar mit 60 % vom Land gefördert werden. Umso wichtiger ist es also, dass wir uns als Gemeinden ganz stark in diesen Gesetzwerdungsprozess einbringen können. Das möchten wir in Zukunft noch verstärken.

Gesetzgebung. Bevor ich jetzt gleich auf andere konkrete Gesetzesmaterien eingehe, möchte ich ein paar allgemeine Gedanken zum Thema Gesetzgebung ausführen. Der Vorarlberger Gemeindeverband nimmt in der Gesetzgebung der vergangenen Jahre die Tendenz wahr, dass der Verordnungsgeber sich bei den Regelungsinhalten sehr stark auf Sachverständige verlässt und deren Meinung kaum hinterfragt. Dies führt mitunter zu sehr starren, einengenden Regelungen, die kaum Handlungsspielraum zulassen.

Unserer Auffassung nach ist es deshalb an der Zeit, dass sich die Politik wieder stärker in den Gesetzgebungsprozess einbringt. Die Erstellung von Regierungsvorlagen kann nicht allein die Aufgabe der Verwaltung sein. Die Gestaltung unseres Lebens ist eine der ureigensten Aufgaben und Pflichten eines Politikers. Gerade Landespolitikerinnen und –politiker sollten diese Gestaltungspflicht wahrnehmen und sich in diesem Sinn auch mit den Auswirkungen und Folgen von Gesetzen auseinandersetzen.

Datenschutz. Ein Beispiel dafür, wie ein Gesetz de facto nicht beabsichtigt war, ist der Datenschutz. Wenn man heute etwas nicht tun oder preisgeben will, versteckt man sich hinter diesem Gesetz. Der Datenschutz verkommt damit zum besten Verhinderungsinstrument. Vor allem die Verwaltungskooperationen leiden immens unter dieser Vorgehensweise. Jüngstes Beispiel ist die Anfrage an Bundesfinanzminister Gernot Blümel, welche Gemeinden sich bereits Gelder aus dem Kommunalinvestitionspaket des Bundes abgeholt haben. Sie wurde mit dem Hinweis auf den Datenschutz abgelehnt, was schlichtweg absurd ist. Gleichzeitig legt der Bund aber ein Informationsfreiheitsgesetz vor, das die Gemeinden verpflichten soll, wirklich schützenswerte, sensible Daten zu veröffentlichen. Das ist ein massiver Widerspruch zwischen dem, was gesagt und dem, was getan wird.

Raumplanung und Baurecht. Die Novelle zum Raumplanungsgesetz beschäftigt den Gemeindeverband seit Inkrafttreten im März 2019. Vor allem der überbordende Formalismus dieses Gesetzes erzeugt in den Gemeinden sehr großen Unmut. Einzelne Regionen haben in den vergangenen Monaten ja auch massive Einwände zur Raumplanungsnovelle an das Land herangetragen. Dies und die Arbeit des Gemeindeverbands hat nun erfreulicherweise dazu geführt, dass Landesrat Marco Tittler sich dieses Themas angenommen hat, was wir sehr begrüßen.

Auf Landesebene werden nun erstmals Überlegungen angestellt, wie diese Materie wieder entbürokratisiert werden kann. Für uns ist die Richtung jedenfalls deutlich vorgezeichnet: Es gibt den verfassungsrechtlichen Grundsatz der örtlichen Raumplanung. Und dahin muss das Gesetz auch wieder zurückgeführt werden. Heute sind bereits kleinste Korrekturen genehmigungspflichtig. Das führt zu äußerst langwierigen und komplizierten Verfahren.

Eine Notwendigkeit zur Vereinfachung sehen wir beispielsweise bei den Widmungskategorien, die nur noch für versierte Raumplaner durchschaubar sind, oder bei den Umwidmungsverfahren. Auch im Bauverfahren gibt es eine Menge von Regelungen, die das Umsetzen des Ziels, sparsamer Umgang mit Grund und Boden, erschweren. Beispielsweise verhindert speziell bei der verdichteten Bauweise die Parteienstellung eine sinnvolle Lösung oder verzögert sie zumindest beträchtlich.

Abfall und Umwelt. Machen wir jetzt einen großen Sprung zum Thema Abfall und Umwelt. In der Abfallwirtschaft findet derzeit ein Wandel statt. Bei einigen Fraktionen laufen Verträge aus, bei anderen haben gesetzliche Bestimmungen dazu geführt, dass wir neue für die Gemeinden praktikable und bezahlbare Lösungen suchen müssen. Einer der dringlichsten Punkte auf der Agenda ist etwa die Entsorgung von Klärschlamm. Bisher war es gängige Praxis Klärschlamm zu kompostieren und anschließend in der Landwirtschaft auszubringen. Aufgrund verschärfter Bodenschutzbestimmungen ist das nun nicht mehr möglich. Hinzukommt, dass sowohl die EU als auch das zuständige Ministerium eine thermische Verwertung gekoppelt mit einer Phosphorrückgewinnung forcie-

ren. Der Gemeindeverband ist nun intensiv damit beschäftigt, eine zukunftsfähige und kostenmäßig zumutbare Lösung ab dem Jahr 2023 zu finden.

Sehr kontroversiell wird derzeit in allen Medien die Einführung eines Pfandsystems diskutiert. Die Vorarlberger Gemeinden haben sich bereits 2017 relativ deutlich für ein Pfand auf Getränkeflaschen und –dosen ausgesprochen. Ein Pfandsystem hat aber natürlich auch seine Tücken. Letztlich wird der Bund in dieser Sache entscheiden müssen. Wir als Gemeindeverband können nur unseren Wunsch nach einem Pfandsystem deponieren, das in den Gemeinden vor allem das Problem des Litterings, des achtlosen Wegwerfens von Abfall, deutlich reduzieren würde.

Gemeindekooperationen. Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch kurz auf das künftig immer wichtigere Thema Gemeindekooperationen eingehen. Die Vorarlberger Gemeinden sind österreichweit Spitzenreiter im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit. Insgesamt gibt es 260 formelle Kooperationen. Damit kommen im Schnitt auf jede Gemeinde rund 27 Kooperationen. Damit wird auch klar, dass die Zusammenarbeit von Gemeinden unbestritten eine große Bedeutung hat. Das muss ich heute nicht mehr besonders erwähnen. Was wir allerdings dringend brauchen, ist eine Systematik. Der Kooperationswille in den Gemeinden ist nach wie vor sehr hoch, allerdings wird meist nur agiert, wenn sich ein personelles Defizit ergibt. Dieser Umstand erschwert eine vorausschauende Planung in der Kooperation. Ich bin allerdings überzeugt, dass wir uns diese Zeit künftig unbedingt nehmen müssen, wollen wir nicht Gefahr laufen, dass weder Bürgerinnen und Bürger noch die Gemeinde einen Überblick haben, wie und wo welche Dinge geregelt sind.

Ich bin auch überzeugt, dass wir in einer Zeit des stetigen Wandels, der eine immer stärkere Spezialisierung der Verwaltung voraussetzt, den Mut haben müssen, Aufgaben der Gemeinden zu hinterfragen und eine konstruktive Vision zu entwickeln, wie die Zukunft der Gemeinde aussehen kann. Wir müssen uns die Frage stellen, welche Aufgaben soll die Gemeinde künftig sinnvollerweise selbst wahrnehmen und welche Aufgaben können gemeinsam mit anderen effizienter und vielleicht auch qualitativ besser erledigt werden.

Auch die Forschung sieht ein großes Potenzial für Gemeinden darin, ihre Verwaltungsagenden gemeinsam zu erledigen und sich damit frei zu schaufeln für das, was wirklich vor Ort wichtig ist. Ich denke dabei – wie bereits zuvor erwähnt – etwa an die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens oder die Freizeit- und Nahraumentwicklung und nicht zuletzt an die örtliche Raumplanung. Wer, wenn nicht die Gemeinde, weiß hier am besten, was benötigt wird? Zentrale Aufgabe des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin wird es deshalb künftig noch mehr sein, zu gestalten. Diese Aufgabe können sie

nur wahrnehmen, wenn sie sich nicht mit Themen der Verwaltung überlasten, deren Chefs sie ja trotzdem in jedem Fall bleiben. Also auch das Thema der Gemeindekooperationen wird in Zukunft eines der Schwerpunkte der Gemeindearbeit bleiben.

Damit bin ich am Ende meines Tätigkeitsberichtes und hoffe, dass ich Euch einen Überblick geben konnte, an welchen Themen wir vor allem im den vergangenen eineinhalb Jahren gearbeitet haben und welche Schwerpunkte wir mit Euch gemeinsam in den kommenden Jahren weiterführen oder angehen möchten.

Ich danke ganz herzlich den Kolleginnen und Kollegen des Vorstandes der vergangenen Periode für die hohe Solidarität und den Zusammenhalt vor allem in diesem doch nicht ganz so leichten vergangenen halben Jahr. Von einigen Mitgliedern müssen wir uns dankend verabschieden, einige neue Kollegen kommen neu zum Vorstand dazu. Ich hoffe, dass wir uns in der Zusammenarbeit das kritisch-konstruktive, aber immer sehr wertschätzende Klima erhalten können – über alle Parteigrenzen hinweg. Das zeichnet uns auch als starken Partner und unermüdlichen Vertreter der Gemeindeinteressen gegenüber Land und Bund aus.

Persönlich möchte ich anmerken, dass ich im vergangenen Dezember ja ganz überraschend, nach dem unerwarteten Rücktritt von Harald Köhlmeier, die interimistische Führung des Gemeindeverbandes übernehmen musste. In dieses „Müssen“ bin ich mit hoher Motivation eigestiegen in einem nicht ganz einfachen Jahr – Zusammenführung der drei Institutionen im Gemeindehaus, ein schwerer Malversationsfall in der Gemeindeinformatik, ein bereits vorher beschlossenes Forderungspapier des Gemeindeverbandes, das es weiter zu verhandeln galt und dann schließlich die Corona-Pandemie mit allen bekannten Auswirkungen.

Trotzdem ist aus diesem „Müssen“ inzwischen ein „Dürfen“ geworden, in das ich trotz abwechselnder Höhen und Tiefen mit Freude an der Aufgabe inhaltlich hineingewachsen bin. Warum? Wegen hervorragender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gemeindehaus, denen die Gemeinden ein echtes Anliegen sind und mit denen ich sehr vertrauensvoll und konstruktiv zusammenarbeiten kann. Wegen eines Vorstands, der gezeigt hat, dass er auch in Krisenzeiten zusammenstehen kann. Und wegen der Unterstützung von Vizepräsident Werner Müller, der mir trotz mancher gesundheitlicher Einschränkungen immer mit Rat und Tat, einer sehr klaren Meinung und hoher Loyalität zur Seite gestanden ist. Euch allen und besonders dir, lieber Werner, dafür einfach ein herzliches DANKE.“

GEMEINDEBUND-PRÄSIDENT ALFRED RIEDL:

„Zeit der Herausforderungen“

Der Präsident des Österreichischen Gemeindebunds, Alfred Riedl, gratulierte zunächst per Videozuschaltung der neuen Präsidentin und ihrem gesamten Team sehr herzlich zur Wahl und hob dabei die der Corona-Pandemie geschuldeten Herausforderungen hervor, die allein schon die Organisation des Gemeindetages per Videokonferenz belege. „Andrea Kaufmann hat den Gemeindeverband in einer schwierigen Phase übernommen und in diesem Jahr ganz wichtige Weichen für die Zukunft gestellt“, zollte Riedl der Arbeit der Präsidentin in den vergangenen Monaten großen Respekt.

Riedl nutzte die Gelegenheit auch, den neugewählten Vorarlberger Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zu gratulieren. „Es war eine Wahl unter ganz schwierigen Vorzeichen. Sie hätte ja eigentlich bereits im März stattfinden sollen und musste wegen des ersten Lockdown verschoben werden. Die Zeit des Wahlkampfs wurde damit über Monate verlängert“, dankte Riedl den Gemeinden für ihr Durchhalten und ihren Einsatz.

Gemeinden sind das Herz der Demokratie. In seiner Rede ging der Gemeindebundpräsident auch auf den Terroranschlag in Wien ein. „Der Anschlag hat mich tief erschüttert“, sagte Riedl und verurteilte den Terrorakt als „feigen Anschlag auf unsere freie Gesellschaft, unsere Werte und unsere Demokratie“. In den Tagen danach habe er viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern in seiner Heimatgemeinde Grafenwörth zu den Geschehnissen in Wien geführt und dabei eine Welle der Solidarität, des Zusammenhaltens und ein Zusammenrücken aller gespürt. Das sei gut und richtig, betonte der Gemeindebund-Präsident. „Die Gemeinden sind das Herz der Demokratie. Sie bilden vor Ort die Basis unseres Zusammenlebens.“ Die Gemeinden rief er auf, sich dieser wichtigen Rolle für die Demokratie stets bewusst zu sein.

Selbstverständlich thematisierte Riedl auch die Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf die Gemeinden in seinem Referat. „Das Corona-Virus stellt uns weiterhin auf eine harte Probe“, verwies Riedl auf die massiv gestiegenen Ansteckungszahlen in den Tagen vor dem zweiten – sanften – Lockdown. Selbst wenn die Geschäfte anders als im Frühling offenblieben und auch in den Schulen so weit wie möglich Normalbetrieb herrsche, werde der Lockdown wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen, die noch nicht absehbar seien. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister seien nun wieder als Krisenmanagerinnen und –manager gefordert. „Diese Aufgabe haben sie im Frühling bereits sehr gut gemeistert“, verwies Riedl auf die gestiegenen Vertrauenswerte der Gemeindeoberhäupter.

Gemeindefinanzen in Bedrängnis. Die Coronakrise kostet die Gemeinden insgesamt rund zwei Milliarden Euro. Das Minus bei den Ertragsanteilen liege bei rund zehn Prozent. Abhängig von der Unternehmensstruktur hätten viele Gemeinden auch ein Minus bei der Kommunalsteuer zu verzeichnen. Touristische Regionen treffe zudem der Rückgang der Gästetaxen hart, belegte Riedl die schwierigen Zeiten für die Gemeinden mit Zahlen.

Die Gemeinden stünden zwar derzeit nicht vor dem finanziellen Kollaps, dennoch müsse man vorsorglich handeln. „Klar ist: Wir sitzen alle im selben Boot – Bund, Länder und Gemeinden. Der zweite Lockdown wird die österreichische Wirtschaft und damit viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Familien hart treffen“, stellte der Gemeindebund-Chef fest. Bewusst sein müsse Bund, Land und Gemeinden aber auch, dass es „dem Steuerzahler egal sein wird, wo die Gebietskörperschaften ihr Geld herbekommen. Hauptsache es funktioniert alles vor Ort“, gab Riedl zu bedenken.

„Gemeindemilliarde“. Der Gemeindebund hatte bereits früh auf die finanziellen Folgen der Krise auf die Gemeinden durch Einnahmenausfälle und Mehrkosten hingewiesen. Im April lauteten die Forderungen der Interessensvertretung: Unterstützung für Gemeinde-Investitionen, Hilfe bei der Liquidität, Verlängerung des Finanzausgleiches um zwei Jahre und Zugang für die Gemeinden zu günstigen Darlehen über die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur. Erste Schritte wurden mit der so genannten

„Gemeindemilliarde“ auch rasch umgesetzt. „Ziel dieses Hilfspaket ist es, dass die Gemeinden als Konjunkturmotoren die regionale Wirtschaft beleben“, beschrieb Riedl die Intention des Bundes und verwies zur Verdeutlichung auf drei Milliarden Investitionsvolumen der Gemeinden im vergangenen Jahr.

Bundesländerpakete. Riedl berichtete weiter, dass auch die Bundesländer – in unterschiedlichem Ausmaß – Corona-Gemeindepakete beschlossen hätten. Insgesamt umfassten die Gemeindepakete zum Zeitpunkt des Gemeindetages 2,7 Milliarden Euro. Bei 352 Millionen Euro handelt es sich um frisches Geld. Inhaltlich seien die Gemeindepakete der Länder unterschiedlich ausgefallen, so Riedl. Gemein sei ihnen, dass in fast allen Unterstützungspaketen für die Gemeinden bei Gemeindeordnungen, Hausordnungen und Ähnlichem die Obergrenze für Kassenkredite angehoben wurde, fasste der Gemeindebund-Präsident zusammen.

Kurz vor dem zweiten „sanften“ Lockdown präsentierte der Gemeindebund-Chef gemeinsam mit Städtebund-Präsident Michael Ludwig und der Bauwirtschaft in einer Pressekonferenz die weiteren Forderungen der Gemeinden. Neben der Forderung eines Kommunalgipfels von Bund, Ländern und Gemeinden verlangten die beiden Vertreter der Kommunen einen Zugang für die Gemeinden zu günstigeren Krediten der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur und vor allem Unterstützungen für finanz- und strukturschwache Gemeinden. „Wir erwarten nun weitere Signale von Bund und Ländern. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, für alle Gemeinden in unserem Land Planungssicherheit zu schaffen“, versprach Riedl, sich weiter für die Anliegen der Mitglieder in diesem Sinne einzusetzen.

Gesundheit vor Datenschutz! Ebenfalls im Zusammenhang mit der Coronakrise thematisierte der Gemeindebund-Präsident den Datenschutz – vor allem die Weitergabe der Daten von Covid-19-Betroffenen. Er könne die große Debatte und ablehnende Haltung des Bundes in dieser Hinsicht nicht verstehen, sagte Riedl. „Bürgermeister sind lokale Sanitätsbehörde und an das Amtsgeheimnis gebunden“, verstand der Gemeindebund-Chef die Argumentation nicht. Eine Umfrage habe zudem gezeigt, dass fast zwei Drittel der Gemeindeoberhäupter diese Daten für ihre Arbeit vor Ort benötigten. „Es kann nicht sein, dass Datenschutz wichtiger ist als die Gesundheit der Bevölkerung“, betonte Riedl. Schließlich sei das Thema auch eine große Frage, wie Behörden miteinander umgehen.

In diesem Zusammenhang brachte Riedl auch das Thema Amtsgeheimnis zur Sprache. „Wir haben immer gesagt, wir sind für volle Transparenz. Allerdings nach klaren Regeln und Vorgaben“, machte der oberste Interessenvertreter der Gemeinden deutlich. Es könne auf jeden Fall nicht Aufgabe der Gemeinden sein, entscheiden zu müssen, was unter Datenschutz und Amtsgeheimnis fällt.

Stärkung gemeindeeigener Abgaben – Grundsteuer. Mit Blick in die Zukunft betonte Riedl die Notwendigkeit der Stärkung gemeindeeigener Abgaben. Insbesondere thematisierte er die Neufassung des Grundsteuergesetzes mit vereinfachter Bemessungsgrundlage. Im Fokus des Gemeindebundes stünden hier Steuergerechtigkeit und ökologische Aspekte. Erste Modelle seien bereits erarbeitet worden, berichtete Riedl und bedankte sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich bei Daniel Peschl vom Vorarlberger Gemeindeverband für „die große inhaltliche Unterstützung“ bei der Erstellung der Berechnungsmodelle.

Als Thema, das alle Gemeinden in Zukunft sehr beschäftigen werde, definierte Riedl die Digitalisierung. Die Krise habe gezeigt, „wie rasch unsere Arbeitswelt, unser Bildungssystem, unsere Verwaltung und wir alle uns anpassen können.“ Eine flächendeckende Internetanbindung über Glasfaserkabel und der Ausbau von 5G seien die Bedingung für die digitale Zukunft. „Wir brauchen jetzt einen Digitalisierungsschub“, machte Riedl deutlich. Alle Gebietskörperschaften müssten rasch mit der Arbeit beginnen. „Schließlich bietet die Digitalisierung auch für die Gemeinden die große Chance, das Service für die Bürgerinnen und Bürger weiter zu verbessern“, zeigte sich Riedl überzeugt.

Pflege-Reform. Zum Schluss seiner Rede gab der Gemeindebund-Präsident einen Überblick über den Stand der Pflegedebatte im Bund. „Überall, wo wir uns mit unseren Experten einbringen, gibt es intensive Debatten“, spielte Riedl auf die im September gestartete Reformgruppe an. Er selbst sei gemeinsam mit den Gemeindebund-Vizepräsidenten Hans Hingsamer und Sonja Ottenbacher in den Verhandlungsgruppen vertreten und sehe keine Zeichen für eine baldige Einigung. „Ich rechne nicht mit einem Reformpaket vor Juli 2021“, präzisierte der Präsident des Österreichischen Gemeindebunds.

(Foto: Vorarlberger Gemeindetag 2019)

LANDESHAUPTMANN MARKUS WALLNER

„Land Vorarlberg – Partner der Gemeinden“

Landeshauptmann Markus Wallner gratulierte eingangs dem frisch gewählten Präsidium und Vorstand und versicherte ihnen, dass das Land auch weiterhin ein guter Partner der Gemeinden sein werde. Er freue sich bereits auf die Fortsetzung der „bewährten Zusammenarbeit zum Wohle Vorarlbergs und seiner Bürgerinnen und Bürger.“

Herausforderung Corona. Ein zentraler Punkt der Rede des Vorarlberger Landeshauptmanns war naturgemäß die Corona-Pandemie. „Corona hat das Land und die Gemeinden fest im Griff“, sagte Wallner. Drei Bereiche bezeichnete Wallner als ganz entscheidend für die Bekämpfung von Covid-19: den Bereich Gesundheit und damit im Zusammenhang die Spitäler, den Arbeitsmarkt und die Finanzen von Land und Gemeinden.
Besonders gefordert sei der Gesundheitsbereich. „In ein, zwei Wochen könnten die Kapazitätsgrenzen in den Spitälern, insbesondere der Intensivstationen, erreicht werden, wenn die Zahlen weiter steigen“, blickte der Vorarlberger Landeschef in eine düstere Zukunft. Die Krankenhäuser Hohenems und Dornbirn seien bereits am Limit ihres Aufnahmevermögens angekommen. Das Land, das gemeinsam mit Dornbirn die landesweite Bettenplanung übernommen habe, bereite derzeit die erneute Einrichtung eines Notspitals in der Messe Dornbirn vor. Wallner versicherte den Gemeinden, man werde alles versuchen, um die Situation bestmöglich zu bewältigen.

Die Corona-Pandemie ist aber nicht nur eine Gesundheitskrise, machte der Landeshauptmann deutlich: „Aus der Gesundheitskrise ist sehr schnell eine Arbeitsmarktkrise geworden – mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahlen um 30,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das ist ein Plus von 3.106 Personen“, rechnete Wallner vor. Der zweite Lockdown werde diese Zahlen weiter steigen lassen, vor allem, wenn im Frühjahr die Möglichkeit der Kurzarbeit wegfalle, gab der Landeschef zu bedenken.
Immens seien die Auswirkungen der Pandemie auf die Finanzen. Allein für die Gemeinden müsse man in diesem Jahr mit Einbrüchen bei Ertragsanteilen, Kommunalsteuer und Gästetaxe von rund 60 Mio. Euro rechnen, beim Land würden die Rückgänge der Ertragsanteile über 100 Mio. Euro ausmachen. „Im nächsten Jahr schaut es nicht besser aus“, hoffte Wallner auf eine langsame Verbesserung ab den Jahren 2023 und 2024. Für die kommenden Jahre

rechne er aber noch mit einer massiven Neuverschuldung des Landes. „Zusammengerechnet mit dem nächsten Jahr könnte die Neuverschuldung auf rund eine halbe Milliarde Euro anwachsen“, prognostizierte der Vorarlberger Landeshauptmann.

Zwei Gemeindefinanzpakete unterstützen Gemeinden. Einer guten Zusammenarbeit von Land und Gemeinden schrieb Wallner vor allem in Krisenzeiten besondere Bedeutung zu. Diese zeige sich auch in den beiden Corona-Gemeindefinanzpaketen des Landes. Ersteres sah ein sechs Millionen Euro schweres Familienpaket für die Sommermonate vor, von dem die Gemeinden vor allem durch die Soforthilfe im Bereich der Kinderbetreuung Unterstützung erhielten. Das erst wenige Tage vor dem Gemeindetag veröffentlichte zweite Corona-Gemeindepaket des Landes umfasst zehn Millionen Soforthilfe für die Gemeinden, die noch in diesem Jahr ausbezahlt werden sollen. Zusätzlich übernimmt das Land die Personalmehrkosten von 900.000 Euro für eine Gehaltsreform bei den Musikschullehrerinnen und –lehrern. „Diese entspricht einer Erhöhung der Gehälter um fünf Prozent und umfasst auch eine Vorrückung von Gehaltsklasse 10 auf 11 nach zehn Dienstjahren“, konkretisierte Wallner das Ergebnis der Verhandlungen. Ein weiterer Bestandteil des Gemeindefinanzpakets ist die Erhöhung des Landesanteils bei der Strukturförderung auf 40 Prozent im kommenden Jahr (ca. 600.000 Euro aus echten Landesmitteln) und auf 50 Prozent ab 2022 (Mehraufwand rund eine Mio. Euro pro Jahr). Den Gemeinden versicherte der Landeshauptmann mit der Präsidentin des Vorarlberger Gemeindeverbands im Gespräch zu bleiben, sollten weitere Maßnahmen notwendig werden.

Neben all der negativen Auswirkungen attestierte Wallner der Pandemie auch einige Chancen. Als Beispiel nannte er die Digitalisierung der Verwaltung, die ihm sehr am Herzen liege. „Das derzeitige Motto muss deshalb lauten: zusammenhalten, weiterkämpfen und auch die Chancen sehen“, appellierte Wallner abschließend an alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Bevölkerung über sämtliche gemeindeeigenen Kanäle auf die derzeit kritische Lage aufmerksam zu machen. „Die Infektionszahlen von heute sind die Krankenhauspatienten in zehn Tagen“, sagte Wallner.

(Foto Copyright: Landespressestelle/Hofmeister)

Ehrenring für Harald Köhlmeier

Verleihung einstimmig beschlossen

In seiner ersten digitalen Sitzung beschloss der Vorarlberger Gemeindetag auch, Alt-Präsident Harald Köhlmeier den Ehrenring des Vorarlberger Gemeindeverbands zu verleihen.

Harald Köhlmeier war von Mai 2011 bis Mai 2013 Vizepräsident und von 2013 bis Ende 2019 Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbands.

„In beiden Funktionen hatte er stets ein offenes Ohr für die verschiedensten Anliegen der Gemeinden und setzte sich unermüdlich für die Interessen der Vorarlberger Gemeinden ein“, erkannte die neue Präsidentin Andrea Kaufmann das Engagement ihres Vorgängers für die Gemeinden an.

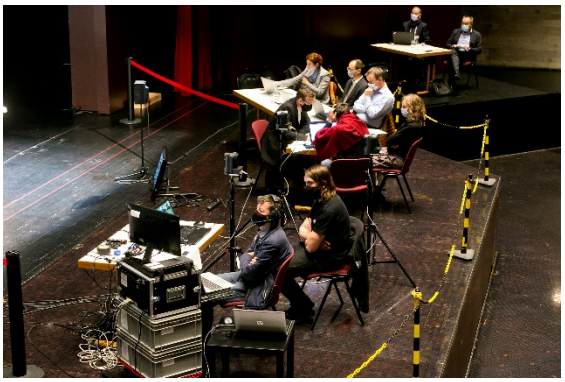
Die Ära Köhlmeier sei geprägt gewesen von einigen wegweisenden Erfolgen. So tragen die Gemeindefinanzpakete 2014 und 2017 die klare Handschrift des früheren Präsidenten.

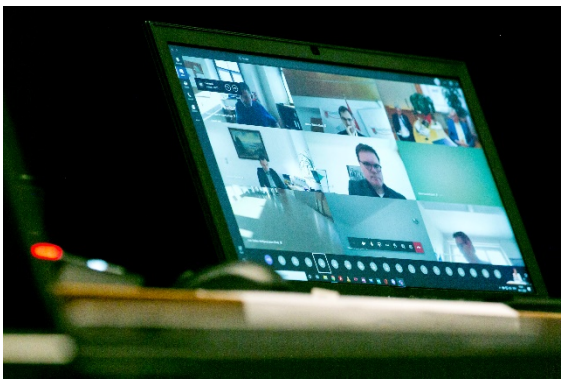
Ersteres entlastete die Kommunen in der Finanzierung des Spitalswesens und fixierte erstmals die Deckelung des Beitrags der Gemeinden an den Sozialfonds. Das Gemeindefinanzpaket 2017 regelte die schlüsselmäßigen Bedarfszuweisungen an die Gemeinden neu. Und auch die große Gemeindegesetzesnovelle, die 2019 in Kraft trat, fiel in die Amtszeit Harald Köhlmeiers.

Kaufmann hob vor allem auch den Weitblick ihres Vorgängers in punkto Gemeindekooperationen und seine sehr soziale Einstellung hervor. Während seiner Zeit als Gemeindeverbandspräsident entwickelte sich Vorarlberg zu einem Vorreiterland der Interkommunalen Zusammenarbeit. „Durch seine stets klare Haltung und die Aufforderung an die Gemeinden, ihren Beitrag zu leisten, ist Vorarlberg eines der wenigen Bundesländer, wenn nicht das einzige, in dem die Flüchtlingskrise als eine gemeinsame Anstrengung von Land, Gemeinden und Bevölkerung vorbildlich bewältigt wurde“, sagte Kaufmann.

Der Antrag auf Verleihung des Ehrenringes an Harald Köhlmeier erhielt breite Zustimmung.

Ein Blick hinter die Kulissen: Der erste digitale Gemeindetag





ORF

VORARLBERGER
GEMEINDEVERBAND

Ausgabe

VORARLBERGER
GEMEINDEVERBAND